

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

02.03.2021 Drucksache 18/14644

Antrag

der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens aller mit der Maskenbeschaffung befassten Behörden, einschließlich der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträger

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag setzt gem. Art. 25 der Verfassung des Freistaates Bayern einen Untersuchungsausschuss ein.

Dem Ausschuss gehören zehn Mitglieder (CSU: vier Mitglieder, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN: zwei Mitglieder, AfD: ein Mitglied, SPD: ein Mitglied, FREIE WÄHLER: ein Mitglied, FDP: ein Mitglied) an.

Georg Nüßlein, MdB der CSU-Fraktion, steht derzeitig im Verdacht, bis zu 660.000 Euro an Provision für den erfolgreichen Geschäftsabschluss der Firma EMIX mit dem Bund sowie dem Freistaat Bayern erhalten zu haben. Ebenso ist

, als Lobbyistin an diesem Geschäft beteiligt. Alfred Sauter, Mitglied des Landtags, war nach eigener Aussage als Anwalt ebenso in die Angelegenheit verwickelt.

Zu hinterfragen und aufzuklären gilt es konkret folgende Sachverhalte:

- 1.1 Gibt es personelle Überschneidungen bzw. verwandtschaftliche Beziehungen zwischen der Firma EMIX, ihren Subsidiaritäten sowie Dienstleistern und der Staatsregierung?
 - 1.2 Welche Personen haben eine Gratifikation für den erfolgreichen Geschäftsabschluss erhalten?
 - 1.3 Haben die Personen nach 1.1 und 1.2 bereits an früheren Geschäften anderer Firmen mitgewirkt?
- 2. 2.1 Welche parlamentarischen Kontrollinstanzen müssen angepasst werden, um solche Skandale zukünftig zu verhindern?
 - 2.2 Wie kann die Transparenz, z. B. in Form eines allumfassenden Lobbyregisters, bestmöglich gewährleistet werden?
 - 2.3 Ist eine detailliertere Aufschlüsselung der Nebeneinkünfte notwendig?
- 3.1 Sind andere Unternehmen durch diesen Vorgang benachteiligt und somit finanziell geschädigt worden?
 - 3.2 Entsteht dem Freistaat eine finanzielle Haftbarkeit durch die aufgedeckte EMIX-Affäre?
- 4. 4.1 Weshalb ist der Vorgang nicht eher aufgedeckt worden?
 - 4.2 Wieso wurde dem Vorgang nicht bereits nach den ersten Berichten über die Involvierung von Frau nachgegangen?

- 4.3 Gab es in der Vergangenheit bereits Kontrolldefizite?
- 5. 5.1 Wie ist der stark über dem Marktpreis liegende Kaufpreis zu erklären?
 - 5.2 Wurde die Qualität der gelieferten Masken geprüft?
- 6. 6.1 Nach welchen Kriterien erfolgte die Auftragsvergabe?
 - 6.2 In wessen Zuständigkeit fiel die Kriterienfestlegung?
- 7. Waren externe Berater bzw. Sachverständige bei der Maskenbeschaffung involviert?
- 8. 8.1 War die Staatsregierung über die Involvierung von Alfred Sauter vor Vertragsabschluss informiert?
 - 8.2 Ist es üblich, dass Vertreter der Regierungsfraktionen Nebeneinkünfte bei Beschaffungsvorgängen generieren?
 - 8.3 Wir wird unter den Gegebenheiten nach 8.1 eine Unparteilichkeit sichergestellt?
- 9. Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der EMIX-Affäre?

Begründung:

Die EMIX-Affäre über vermutliche Provisionszahlungen, Steuerhinterziehung sowie den Verdacht der Vorteilsnahme zieht immer weitere Kreise. Es wurden auf Bundes- als auch Landesebene Verträge mit der Firma über die Beschaffung von FFP2-Masken geschlossen und sowohl Vertreter der Bundestags- als auch Landtagsfraktion der CSU haben persönliche, finanzielle Vorteile aus dem abgeschlossenen Geschäft gezogen. Georg Nüßlein, Mitglied der Bundestagsfraktion der CSU, erhielt dabei eine direkte Zahlung während Alfred Sauter, Mitglied der bayerischen Landtagsfraktion, seinen Auftraggeber bisher nicht nannte.

Parallelen zur Amigo-Affäre sind kaum von der Hand zu weisen und dazu geeignet, das Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie nachhaltig zu beschädigen. Aus diesem Grunde gilt es, den Skandal allumfassend aufzuklären und zukünftige Vorgänge dieser Art zu verhindern.

Vorteilsnahme von Landtagsabgeordneten der Regierungsfraktionen kamen in der Vergangenheit immer wieder vor, so z. B. in der Verwandtenaffäre. Es gilt, die Selbstbedienungsmentalität zu bekämpfen und den Landtag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern zu bewegen. Zur Erreichung dieses Zieles müssen die Hintergründe der Affäre genauestens aufgearbeitet und Kontrollmechanismen installiert werden.